

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Europa und Internationales

**zu der Mitteilung des Ministeriums der Justiz und für Europa
vom 24. April 2017
– Drucksache 16/1967**

Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Weißbuch zur Zukunft Europas

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung des Ministeriums der Justiz und für Europa vom 24. April 2017
– Drucksache 16/1967 – Kenntnis zu nehmen.

29. 01. 2019

Der Berichterstatter:

Der Vorsitzende:

Dr. Erik Schweickert

Willi Stächele

Bericht

Der Ausschuss für Europa und Internationales beriet öffentlich die Mitteilung des Ministeriums der Justiz und für Europa, Drucksache 16/1967, in seiner 8. Sitzung am 3. Mai 2017, in seiner 9. Sitzung am 31. Mai 2017 sowie in seiner 25. Sitzung am 29. Januar 2019.

Vorsitzender Willi Stächele teilte mit, der Ausschuss werde die heutige Beratung über das „Weißbuch zur Zukunft Europas“ in der Sitzung am 31. Mai 2017 nochmals aufgreifen, da sich die vorberatenden Ausschüsse auch noch mit dem Thema befassen.

Die fünf Szenarien, die im Weißbuch vorgestellt würden, seien hinlänglich bekannt. Sie seien nicht allzu sehr detailliert ausgeführt, gehe es doch darum, einfach einmal eine Debatte in Gang zu setzen. Die Papiere dazu sollten bis Ende des Jahres vorliegen.

Da das Ganze keine punktuelle Begebenheit, sondern ein langer Prozess sei, gebe es Überlegungen, im Herbst im Landtag ein Dialogforum zu starten. Dabei werde nicht zwangsläufig an eine Anhörung gedacht, sondern an ein kleines Forum, das es nicht nur den Ausschussmitgliedern des Europaausschusses, sondern allen in-

Ausgegeben: 21.03.2019

1

teressierten Parlamentariern und möglicherweise zugeladenen Gästen ermögliche, sich intensiver mit diesem Thema zu beschäftigen. Vorstellbar wäre eine Eröffnung durch den Kabinettschef von EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker, Martin Selmayr, der offensichtlich Spiritus Rector des Weißbuchs sei. Weitere drei, vier Referenten könnten dann aus unterschiedlicher Warte ihren Standpunkt vortragen. Bei den Referenten werde nicht nur an Juristen gedacht – vielleicht sei auch kein einziger Jurist dabei –, sondern beispielsweise auch an Experten aus der Wirtschaft oder sogar an den Autor Thomas Schmid, der sein Buch „Europa ist tot, es lebe Europa!“ vor einiger Zeit dem Ministerpräsidenten vorgestellt habe. Am Ende könnte auch Kommissar Oettinger seine Position vertreten. Dazwischen müsse es aber Möglichkeiten zum intensiven Dialog geben. Er werde dies noch mit den Arbeitskreisvorsitzenden besprechen.

Abg. Josef Frey GRÜNE trug vor, die Mitteilung des Ministeriums der Justiz und für Europa sei sehr informativ. Mit den fünf Szenarien habe Juncker einen Bottom-up-Prozess eingeleitet. Baden-Württemberg werde sich aktiv an der Debatte beteiligen.

Am 17. bzw. 18. Mai 2017 befasse sich die Europaministerkonferenz in Wismar mit dem Diskussionspapier und werde voraussichtlich einen Beschluss fassen. Im Dezember 2017 sollten dann auf der Tagung des Europäischen Rates erste Schlussfolgerungen zum Weißbuch gezogen werden. Der Prozess solle noch vor den Wahlen zum Europäischen Parlament zum Abschluss gebracht werden. Der mit dem Weißbuch eingeleitete Prozess sei also das zentrale Instrument, um von der Basis eine Rückmeldung darüber zu erhalten, wie Europa in seinem Integrationsprozess weiter gestaltet werden solle, ob es langsamer vorangehen solle, ob quasi rückabgewickelt werden solle oder vielleicht noch schneller in Richtung einer größeren Handlungsfähigkeit gegangen werden solle. Es überrasche sicherlich nicht, dass er sich für die Szenarien 1 und 2 nicht begeistern könne. Über die anderen Szenarien müsse aber diskutiert werden. Im Anschluss stelle sich auch die Frage, wie die einzelnen Etappen des Weges, der beschritten werden solle, aussähen und wie schnell diese bewältigt werden sollten.

Er halte die Idee, eine Art Anhörung durchzuführen, die den ganzen Landtag einbinde, für gut. Auch andere Ausschüsse seien ganz massiv von dem Thema betroffen, so beispielsweise der Wirtschaftsausschuss oder der Landwirtschaftsausschuss, bei dem es auch um künftige europäische Fördermittel gehe, oder der Innenausschuss, der für das Thema „Informationssysteme, Datenschutz usw.“ zuständig sei. Die Themen, die auf der Agenda stünden, seien sehr wichtig. Es sei zu überlegen, ob es nicht sogar sinnvoll wäre, eine ganztägige Anhörung unter Beteiligung des ganzen Landtags durchzuführen. Das würde dem Ganzen das nötige Gewicht geben.

Inhaltlich sei es seines Erachtens wichtig – die Bewegung sei in Gang; das sei überall zu spüren –, dass die proeuropäische Seite die Gewinne, die es durch die Europäische Union gebe, mehr in den Vordergrund stelle. Es sei völlig klar, dass sich niemand auf den Errungenschaften ausruhen könne. Doch sei es ganz zentral, den populistischen, postfaktischen Äußerungen, die derzeit kursierten, auch Fakten entgegenzusetzen. Es müsse ins Bewusstsein gerückt werden, dass die Europäische Union auch für Frieden und Freiheit stehe.

Junckers Weißbuch sei von großer Bedeutung. Es gehe nun darum, sich aktiv einzumischen. Mit einer Anhörung könnte ein starkes Signal gesendet werden.

Vorsitzender Willi Stächele bemerkte, die konkrete Vorgehensweise müsse noch geklärt werden. Der Ausschuss selbst habe nur beschränkte Möglichkeiten. Doch gebe es parallel dazu sicherlich auch seitens des Ministeriums Überlegungen, den Prozess zu begleiten.

Abg. Peter Hofelich SPD brachte vor, was das Prozedere betreffe, finde sich seine Fraktion im Vorschlag des Ausschussvorsitzenden wieder. Auch im Arbeitskreis sei dies schon Thema gewesen. Dabei sei von einem Hearing, von einer Anhörung, die Rede gewesen. Wenn nun an eine andere kommunikative Form gedacht werde, die nicht nur einen Tag betreffe, sondern eventuell mehrere Etappen umfasse, dann sollte das im Kreis der AK-Sprecher diskutiert werden.

Wie aus dem Anhang zum Weißbuch hervorgehe, würden die Diskussionspapiere der Kommission zur Globalisierung und zur Zukunft der Wirtschafts- und Währungsunion im Mai und das Diskussionspapier zur Zukunft der europäischen Verteidigung Anfang Juni vorgelegt. Daher wäre vermutlich der späte Sommer oder der frühe Herbst – dann wäre auch die Aufregung der Bundestagswahl vorbei – der richtige Zeitpunkt, um in den Prozess einzusteigen. Selbstverständlich könne auf AK-Sprecher-Ebene schon jetzt die Vorgehensweise geplant werden.

Ihm sei zum einen wichtig, dass eine europäische Öffentlichkeit hergestellt werde, wobei es hier nicht allein darum gehe, in Kontakt mit den Journalisten zu treten. Zum anderen sei es seines Erachtens aber auch wichtig, dass das, womit sich der Ausschuss bzw. der Landtag befasse, für die Exekutive von Belang sei. Es habe keinen Wert, sozusagen nur Begleitmusik zu machen. Vielmehr brauche es einen substanziellen Austausch.

Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP äußerte, auch er unterstütze den Vorschlag des Vorsitzenden.

Die EU wisse derzeit tatsächlich nicht, wie ihre Zukunft aussehe. Auf der einen Seite sei es gut, dass der Prozess offen gestaltet werde. Auf der anderen Seite mache es ihn auch ein bisschen sprachlos. Das Papier, das für Herrn Juncker sehr selbstkritisch sei, zeige zumindest, dass Interesse an einer breiten öffentlichen Debatte über die künftige Entwicklung der EU vorhanden sei. Die Frage laute nun, wie dieses Interesse vonseiten des Landtags bespielt werden könne. Da sei auch er der Ansicht, dass das eher einem Marathonlauf als einem Sprint gleiche.

Nach seinem Dafürhalten wäre es gut, die vom Vorsitzenden angedachte Veranstaltung, so, wie bereits vorgeschlagen worden sei, nach der Bundestagswahl durchzuführen. Gut sei auch, dass das Weißbuch aufzeige, was die Szenarien für die einzelnen Politikbereiche bedeuteten. Die Vorgehensweise sollte im Kreis der AK-Vorsitzenden mit einem Fahrplan unterlegt werden. Ein Schnellschuss sei nicht vonnöten. Denn mit dem Thema würden sich alle noch eine ganze Weile befassen.

Die Präsidentschaftswahl in Frankreich und die Bundestagswahl in Deutschland seien Weichenstellungen. Danach zeige sich, in welche Richtung es in den einzelnen Bereichen – beispielsweise in der Landwirtschaft – gehe.

Er plädiere dafür, vor der Bundestagswahl nicht voreilig zu handeln – die Zeit dränge keineswegs –, und, bevor in eine Tagesanhörung gegangen werde, eher dem Vorschlag des Vorsitzenden, der einen Prozess in mehreren Schritten vorsehe, zu folgen. Die damit verbundene Querschnittsaufgabe sei dabei selbstverständlich zu berücksichtigen.

Abg. Joachim Kößler CDU legte dar, nach dem, was bisher angesprochen worden sei, sei auch er der Meinung, das Thema sei so umfassend, dass eine intensive Beschäftigung erforderlich sei. An einem Tag werde das nicht machbar sein. Es sei richtig, dass keine Eile geboten sei und dass es sich anbiete, nach der Bundestagswahl einen allgemeinen Aufschlag zu machen und dann in die einzelnen Sektoren einzusteigen. Das Thema müsse sachlich auf die Arbeitsgebiete heruntergebrochen werden und dann mit den entsprechenden Fachleuten diskutiert werden. Nichtsdestotrotz sollten jetzt schon Überlegungen über Zeitraum, Inhalte und Form angestellt werden. Seines Erachtens könne hier durchaus Einigkeit erzielt werden.

Abg. Dr. Gerhard Aden FDP/DVP gab zu bedenken, wenn sich der Landtag im Herbst in einem Hearing mit dem Thema befasse, sei die Geschäftsgrundlage, auf der eine mögliche Zukunft Europas diskutiert werde, noch völlig unklar. Seines Erachtens müsste eigentlich abgewartet werden, bis die Brexit-Verhandlungen abgeschlossen seien und bekannt sei, wie sich die anderen Staaten positionierten, also ob sie in der EU verblieben, ob sie eine Art EFTA-Status wollten oder wie auch immer. Erst dann sei abzusehen, auf welcher Basis die fünf Szenarien diskutiert werden könnten. Eine Befassung im Herbst hielte er zwar für interessant, doch bezweifle er, dass sie zielführend sei.

Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE äußerte, es sei keine Frage, dass sich Europa neu aufstellen müsse. Ob das aus einem inneren Zirkel heraus geschehen müsse oder ob das in einer breiten Diskussion angelegt werden müsse, sei eine spannende Diskussion. Die Szenarien, die gleichsam ein Portfolio aufbauten, zeigten die unterschiedlichen Optionswege ganz gut auf.

Was sie natürlich nicht aufzeigen könnten, sei die heruntergebrochene Frage nach den Auswirkungen auf den Arbeitsebenen, beispielsweise im Umweltbereich, in der Landwirtschaft oder in anderen Bereichen. Da werde es dann sehr konkret.

Er begrüße es, dass aus dem Europaausschuss heraus der Vorschlag gemacht werde, das Thema hier im Landtag breiter zu diskutieren. Zunächst sollte es darum gehen, den Rahmen festzuklopfen, wohin es überhaupt gehen solle, und dann sollte das Thema auf die einzelnen Fachebenen heruntergebrochen werden.

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos) brachte vor, er verstehe diese Diskussion nicht ganz. Denn es gehe um strategische Konzepte, und da könne nicht gesagt werden, es werde das eine oder das andere noch abgewartet. Vielmehr müsse die Grundfrage gestellt werden, was eigentlich gewollt sei, und davon müssten die weiteren konkreten Pläne abgeleitet werden. Ansonsten werde es immer Gründe geben, weshalb die Diskussion nicht geführt werden könne.

Die grundsätzliche Frage, die gerade angesichts der Krise bei der EU im Raum stehe, sei die Ausgangsfrage, die schon bei de Gaulle aktuell gewesen sei, nach Supranationalismus versus Intergouvernementalismus. Ihn interessiere, wie weit es hier eine fundamentalere Bereitschaft gebe, dieses Konzept noch einmal zu diskutieren, also dass die EU auf ganz andere Beine gestellt werden müsse, dass jede Menge Supranationalismus herausgenommen und jede Menge Selbstständigkeit und Souveränität zurückgegeben werden müsse, dass das dann entsprechend in der gesamten EU kommuniziert und die EU transformiert werden müsse.

Es gehe aber nicht, zunächst einmal abzuwarten, wie es mit England und eventuell noch mit anderen Mitgliedsstaaten weitergehe, und dann erst zu sagen, was eigentlich gewünscht sei und wie reagiert werde. Er plädiere für eine offensive und strategisch grundsätzliche Herangehensweise an das Thema.

Vorsitzender Willi Stächele meinte, die Zeitachse könne in der Tat nicht einfach nach Belieben gestaltet werden. Vielmehr liege ein Weißbuch vor, das aus der grundsätzlichen Fragestellung entstanden sei, wo die EU stehe, ob sie wirklich so handlungsunfähig sei, wie sie sich zum Teil möglicherweise erwiesen habe bzw. wo es in der Zukunft hingehen solle. Hier gehe es um außenpolitische Zusammenhänge.

Auch warne er etwas vor dem Begriff „Hearing“. Denn hier gehe es nicht um eine Abfrage dergestalt, ob die Gurkenkrümmung geändert werde oder nicht. Vielmehr solle in einem ersten Dialog ein Bewusstsein dafür geschaffen werden, welche möglichen Eckdaten im Weißbuch beschrieben worden seien und wie diese einzuordnen seien. Zunächst einmal gehe es um den großen Zusammenhang. Dieser werde zwar durch Papiere unterlegt, doch seien diese Papiere auch im Größeren zu verstehen.

Deswegen sei es wichtig, eine Veranstaltung durchzuführen, an der sich, was die Zeit und den Ablauf betreffe, auch andere Abgeordnete beteiligen könnten. Es müsse klar werden, wo die EU im Moment stehe und welche Auswirkungen sich im Gesamtzusammenhang der Außenpolitik bemerkbar machten. Dabei sei der Brexit ein Ereignis, das sich auswirke – das sei zunächst einmal Fakt. Es gebe noch weitere Fakten. Eine solche Debatte sei auch eine Chance, sich das Problem bewusst zu machen.

Deswegen sei es wichtig, den Kreis der Referenten richtig zusammenzustellen. Wie er vorhin schon erwähnt habe, könnte er sich hier den Autor Thomas Schmid vorstellen – er empfehle, dessen Buch zu lesen; es sei hochinteressant –, es müsse aber auch jemand Namhafter dabei sein, der für das Parlament, dessen Ideen und Überlegungen sprechen könne. Das müsse im Kreis der AK-Sprecher gut vorbereitet werden.

Als Termin schlage er den Herbst vor. Parallel dazu fänden die Veranstaltungen vonseiten der Regierung statt. Doch schon jetzt müsse über die konkrete Vorgehensweise nachgedacht werden. Nach seinem Eindruck lasse sich hier durchaus Konsens herstellen.

Minister Guido Wolf führte aus, europapolitisch seien die Zeiten derzeit extrem turbulent. Verschiedene Turbulenzen griffen ineinander. Das eine sei der Brexit. Das Zweite sei die Notwendigkeit, bereits jetzt die Verhandlungen über den mehrjährigen Finanzrahmen über 2020 hinaus zu beginnen. Das Dritte sei die Europawahl.

Es sollte nicht in einem Zustand des europapolitischen Chaos auf die Europawahl zugesteuert werden. Vor der Europawahl brauche es eine europapolitische Botschaft, die verdeutliche, dass es jetzt trotz dieser turbulenten Zeiten möglich sei, einen Zukunftsentwurf für Europa zu definieren.

Er halte es nicht für ratsam, europapolitisch alles lahmzulegen, bis die Austrittsverhandlungen mit Großbritannien geführt seien. Gleichwohl sei es durchaus richtig, dass die Austrittsverhandlungen auch Auswirkungen auf die Europäische Union, auf Finanzmittel, auf gemeinsame Projekte hätten. Es müsse ein Weg der parallelen Vorgehensweise gefunden werden.

Das eine sei der Brexit – der sei vorgegeben. Da sei er für einen harten Weg, so, wie ihn jetzt auch der Präsident des Europäischen Rates beschrieben habe. Zunächst sollten Austrittsverhandlungen geführt werden. Dann würden Überlegungen zur künftigen Zusammenarbeit angestellt.

Das Zweite sei die Diskussion über die fünf Szenarien aus dem Weißbuch. Dazu werde die Landesregierung Veranstaltungsformate erarbeiten, wobei eventuell dieses Jahr nach der Sommerpause eine zentrale Veranstaltung in Stuttgart geplant sei und dann in die Fläche gegangen werde. Ziel der Landesregierung sei es, rechtzeitig vor der Europawahl noch einmal die europapolitische Idee der Landesregierung – am besten gemeinsam mit dem Parlament – darzulegen. Er habe durchaus die Hoffnung, dass hier am Ende des Tages weitgehend Einigkeit herrsche. Das wäre eine wichtige und zwingende Botschaft, bei der seines Erachtens das starke Baden-Württemberg eine Verantwortung habe. Wenn das durch Veranstaltungsformate des Parlaments begleitet werde, dann lasse sich die Landesregierung gern, wie gewünscht, einbinden. Das Ziel müsse sein, die Zeit zu nutzen, um in der Bevölkerung den Diskurs und die Diskussion zu entfachen.

Abg. Joachim Kößler CDU konstatierte, wenn er einmal Revue passieren lasse, was bisher vorgetragen worden sei, sei er der Meinung, es sollte zunächst eine Grundsatzveranstaltung durchgeführt werden und daraufhin die einzelnen Sektoren bearbeitet werden. Im Einzelnen sei darüber noch im Kreis der AK-Vorsitzenden zu sprechen. Martin Selmayr könnte die grundsätzlichen Themen darlegen, und weitere Referenten könnten zu den einzelnen Sektoren sprechen. An den Anfang sollte eine Grundsatzveranstaltung gesetzt werden, an die dann die anderen Veranstaltungen angehängt würden. Denn zunächst einmal müsse grundsätzlich aufgezeigt werden, wie sich Europa weiterentwickeln solle. In dieser Grundsatzveranstaltung könne u. a. auch darüber diskutiert werden, wie Europa im Jahr 2020 oder 2030 aussehen solle.

Abg. Josef Frey GRÜNE stellte klar, auch er sei der Meinung, dass die wie auch immer geartete Anhörung oder die Veranstaltung – wie das benannt werde, sei eine formale Angelegenheit, die geklärt werden könne –, zu der hochrangige Referenten eingeladen würden, erst nach der Bundestagswahl stattfinden sollte. Seines Erachtens eigne sich der Oktober ganz gut.

Es gehe hier um zweierlei. Der eine Prozess sei der Brexit. Dieser laufe parallel. In diesem Prozess werde sich zeigen, wie es einer Insel gehe, die sich komplett vom Rest der Europäischen Union abschneide.

Der andere sei der visionäre, also die Frage, wohin es mit Europa gehe. Hier könne nicht erwartet werden, dass der Kommissionspräsident das genaue Ziel schon benenne. Vielmehr solle die Diskussion angeregt werden. Zumindest im Ausschuss

sei dies schon gelungen. Dieser mache sich bereits Gedanken über die Zukunft der Europäischen Union.

Er regte an, auf der Auftaktveranstaltung nicht nur eine Person, sondern verschiedene Referenten zu Wort kommen zu lassen, sodass verschiedene Szenarien kontrovers diskutiert werden könnten.

Er fuhr fort, wer mitgestalten wolle, der müsse sich auch einmischen, der könne nicht warten, bis irgendetwas abgeschlossen sei. Ein Land wie Baden-Württemberg, das Güter im Wert von rund 100 Milliarden € in die EU exportiere – die Hälfte der gesamten Ausfuhren – habe in dem Kontext eine große Bedeutung. Deswegen müsse sich Baden-Württemberg einmischen.

Abg. Wolfgang Drexler SPD fragte, ob es zutreffe, dass Großbritannien, wie in der Zeitung zu lesen sei, bei den Beitragszahlungen – nicht bei künftig zu zahlenden Geldern – mit Milliardenbeträgen im Rückstand sei. Die Briten seien seit Margaret Thatcher schon öfter mit der Zahlung in Verzug gewesen.

Minister Guido Wolf antwortete, um die Frage beantworten zu können, müsste der Begriff „Beitragsrückstand“ genau definiert werden. Ihm sei bekannt, dass von Großbritannien im mehrjährigen Finanzrahmen bis 2020 noch ein Betrag in Höhe von 60 Milliarden € erbracht werden müsse. Es sei nicht auszuschließen, dass in diesem Betrag neben bereits zugesagten Leistungen für laufende Projekte auch Beitragsrückstände enthalten seien. Diesbezüglich habe es vom britischen Außenminister schon bemerkenswerte Aussagen gegeben, wonach sich Großbritannien an nichts mehr gebunden fühle.

Schon hier deute sich an, wie schwierig die Verhandlungen mit Großbritannien würden. In einer ersten Stufe müsse geklärt werden, was mit dem laufenden Finanzrahmen geschehe. Erst wenn das Paket geschnürt sei, könne überlegt werden, wie damit umgegangen werde, dass künftig der Beitrag Großbritanniens in der EU fehle.

Vorsitzender Willi Stächele kündigte an, die AK-Sprecher sollten sich in der Plenarwoche im Juni zu einer Besprechung treffen, um Einzelheiten zur Veranstaltung im Oktober abzuklären.

In der Sitzung am 31. Mai 2017 wies der Vorsitzende darauf hin, in der Zwischenzeit habe sich die Landtagspräsidentin auch dahin gehend geäußert, dass die Diskussion über das Weißbuch sehr breit geführt werden sollte.

Er bat die Ausschussmitglieder, ihm über die AK-Sprecher beim Treffen am 22. Juni ihre Ideen zur Vorgehensweise mitzuteilen.

In der Sitzung am 29. Januar 2019 erinnerte der Vorsitzende daran, der Landtag habe sich in den verschiedenen Fachausschüssen mit dem Weißbuch zur Zukunft Europas intensiv beschäftigt. Das Weißbuch sei im Grunde eine Diskussionsgrundlage. Die Themen zu Europa würden vor dem Hintergrund der im Weißbuch aufgeführten fünf Szenarien diskutiert.

Er hielt fest, der Ausschuss sei übereingekommen, die weitere Debatte zu diesem Thema am 31. Januar 2019 in der 83. Sitzung des Landtags von Baden-Württemberg zu führen.

Einvernehmlich empfahl der Ausschuss für Europa und Internationales dem Plenum, von der Mitteilung Drucksache 16/1967 Kenntnis zu nehmen.

30. 01. 2019

Dr. Schweickert

Empfehlung und Bericht**des Ständigen Ausschusses
an den Ausschuss für Europa und Internationales****zu der Mitteilung des Ministeriums der Justiz und für Europa
vom 24. April 2017
– Drucksache 16/1967****Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten;
hier: Weißbuch zur Zukunft Europas****E m p f e h l u n g**

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung des Ministeriums der Justiz und für Europa vom 24. April 2017
– Drucksache 16/1967 – Kenntnis zu nehmen.

01. 06. 2017

Der Berichterstatter:

Der stellv. Vorsitzende:

Arnulf Freiherr von Eyb

Jürgen Filius

B e r i c h t

Der Ständige Ausschuss beriet die Mitteilung des Ministeriums der Justiz und für Europa vom 24. April 2017, Drucksache 16/1967, in seiner 12. Sitzung am 1. Juni 2017 vorberatend für den Ausschuss für Europa und Internationales.

Ein Abgeordneter der CDU teilte mit, der federführende Ausschuss für Europa und Internationales habe sich bereits mit der vorliegenden Mitteilung des Ministeriums der Justiz und für Europa befasst und in diesem Zusammenhang die Stellungnahmen der ersten vorberatenden Ausschüsse entgegengenommen. Im Rahmen dieser Beratung sei vorgeschlagen worden, für den Herbst zusammen mit der Landtagspräsidentin ein Dialogforum zum Weißbuch zur Zukunft Europas vorzusehen, um sich intensiv inhaltlich mit dem Weißbuch zur Zukunft Europas zu beschäftigen. Die Arbeitskreisvorsitzenden im Ausschuss für Europa und Internationales beabsichtigten, sich gemeinsam auf einen Ablaufplan zu verständigen.

Der stellvertretende Ausschussvorsitzende stellte die Zustimmung des Ausschusses dazu fest.

Der Ausschuss beschloss als Empfehlung an den federführenden Ausschuss für Europa und Internationales ohne förmliche Abstimmung, dem Plenum zu empfehlen, von der Mitteilung des Ministeriums der Justiz und für Europa Kenntnis zu nehmen.

01. 06. 2017

Freiherr von Eyb

Empfehlung und Bericht**des Ausschusses für Inneres, Digitalisierung und Migration
an den Ausschuss für Europa und Internationales****zu der Mitteilung des Ministeriums der Justiz und für Europa
– Drucksache 16/1967****Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten;
hier: Weißbuch zur Zukunft Europas****Empfehlung**

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung des Ministeriums der Justiz und für Europa vom 24. April 2017
– Drucksache 16/1967 – Kenntnis zu nehmen.

17. 05. 2017

Die Berichterstatlerin:

Andrea Schwarz

Der Vorsitzende:

Karl Klein

Bericht

Der Ausschuss für Inneres, Digitalisierung und Migration beriet die Mitteilung des Ministeriums der Justiz und für Europa, Drucksache 16/1967, in seiner 11. Sitzung am 17. Mai 2017 vorberatend für den federführenden Ausschuss für Europa und Internationales.

Ein Abgeordneter der SPD legte dar, das der Mitteilung des Ministeriums der Justiz und für Europa zugrunde liegende Weißbuch zur Zukunft Europas enthalte zahlreiche Kapitel zu den Szenarien, die sich auch mit dem Thema „Schengen, Migration und Sicherheit“ befassten, mit guten Perspektiven und Vorschlägen. Angesichts dessen, dass derzeit die Cyberkriminalität eine große Rolle spiele und sicher auch ein Thema für Europa sei, interessiere ihn, wie der Minister für Inneres, Digitalisierung und Europa die Situation unter Sicherheitsgesichtspunkten insbesondere mit Blick auf die öffentliche Verwaltung einschätze. Denn wenn die Bahn mit Cyberattacken erfolgreich angegriffen werden könne, stelle sich die Frage, ob der Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration das Land gegen Cyberangriffe hinreichend geschützt sehe.

Der Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration antwortete, die geschilderte Thematik müsse insbesondere auf europäischer Ebene bearbeitet werden. Deswegen sei er vor einigen Wochen in Brüssel gewesen, um speziell zu diesem Thema mit dem zuständigen Kommissar, mit dem Präsidenten der Kommission und mit zahlreichen anderen Vertretern aus Verwaltung und Parlament Gespräche auch zu diesem Thema zu führen. Dem Thema Cyberkriminalität sei auch eine in diesem Zusammenhang durchgeführte öffentliche Veranstaltung gewidmet worden.

Der jüngste Cyberangriff, von dem auch die Deutsche Bahn betroffen gewesen sei, sei weltweit der erste in dieser Dimension. Denn es seien über 100 Länder attackiert worden, darunter auch Russland.

Baden-Württemberg habe diesen Angriff laut Auskunft der zuständigen IT-Fachleute abwehren können. Ferner seien Abwehrstrategien für einen etwaigen zweiten Angriff entwickelt worden, die die Möglichkeit geboten hätten, herauszubekommen, woher die Schadsoftware stamme. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt könne erklärt werden, dass es nicht gelungen sei, in Verwaltungs- und Regierungssysteme in Baden-Württemberg einzudringen, weil die Abwehrsysteme funktioniert hätten.

Die Tatsache, dass auch auf baden-württembergischen Bahnhöfen Anzeigetafeln ausgefallen seien, habe mit dem Land Baden-Württemberg nichts zu tun, sondern betreffe ausschließlich das Unternehmen Deutsche Bahn.

Abschließend legte er dar, Baden-Württemberg investiere in die IT-Sicherheit viel Geld. Er erinnere auch daran, dass im Zusammenhang mit den letzten Haushaltsberatungen 30 zusätzliche Stellen bewilligt worden seien, die nicht komplett im Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration angesiedelt seien, sondern über alle Häuser verteilt, um die Vorsorge gegen weitere Cyberangriffe zu verstärken. Im konkreten Fall hätten sich die ergriffenen Maßnahmen ausgezahlt. Es handle sich jedoch nie um einen abgeschlossenen Prozess, sondern es seien fortlaufende und zunehmende Anstrengungen erforderlich, und zwar personell, technisch und investiv. Zu gegebener Zeit werde sowohl regierungsintern als auch im Parlament darüber zu diskutieren sein, wie die IT-Systeme im Land noch sicherer ausgestaltet würden.

Der Ausschuss beschloss als Empfehlung an den federführenden Ausschuss für Europa und Internationales ohne förmliche Abstimmung, dem Plenum zu empfehlen, von der Mitteilung des Ministeriums der Justiz und für Europa Kenntnis zu nehmen.

22. 06. 2017

Andrea Schwarz

Empfehlung und Bericht**des Ausschusses für Finanzen
an den Ausschuss für Europa und Internationales**

**zu der Mitteilung des Ministeriums der Justiz und für Europa
vom 24. April 2017
– Drucksache 16/1967**

**Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten;
hier: Weißbuch zur Zukunft Europas****E m p f e h l u n g**

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung des Ministeriums der Justiz und für Europa vom 24. April 2017
– Drucksache 16/1967 – Kenntnis zu nehmen.

18. 05. 2017

Die Berichterstatlerin:

Barbara Saebel

Der Vorsitzende:

Rainer Stickelberger

B e r i c h t

Der Ausschuss für Finanzen behandelte die Mitteilung Drucksache 16/1967 in seiner 17. Sitzung am 18. Mai 2017 vorberatend für den Ausschuss für Europa und Internationales.

Ein Abgeordneter der FDP/DVP betonte, das Thema „Weißbuch zur Zukunft Europas“ betreffe hauptsächlich den Europaausschuss. Am 22. Juni 2017 kämen der Vorsitzende des Europaausschusses und die europapolitischen Sprecher der Fraktionen zusammen, um über dieses Thema zu sprechen. Insofern schlage er vor, dass der Finanzausschuss nicht in eine vertiefende Diskussion über das Weißbuch eintrete, und empfehle, von der vorliegenden Mitteilung des Ministeriums der Justiz und für Europa Kenntnis zu nehmen.

Der Ausschussvorsitzende wies auf Nachfrage einer Abgeordneten der Grünen darauf hin, es liege am Ausschuss, wie tief er in die Materie eindringen wolle.

Eine Abgeordnete der Grünen führte aus, ihre Fraktion erachte es als wichtig, dass sich Europa bürgernah weiterentwickle und wesentliche Themen auch auf regionaler Ebene behandelt werden könnten. Baden-Württemberg müsse bei der Weiterentwicklung der EU ein Wort mitsprechen können. Es sei daran gedacht, hierzu im Landtag eine Anhörung durchzuführen. Dafür werbe sie.

Die Diskussion über die Weiterentwicklung der EU sei vom Verlust eines Mitglieds gekennzeichnet. Insofern müsse ohnehin eine Debatte über die künftigen Finanzbeziehungen und die bereitgestellten Mittel stattfinden.

EU-Kommissar Oettinger habe kürzlich wieder darauf hingewiesen, dass Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg Hilfe und Solidarität erfahren habe und vom Rest Europas wieder in die Staatengemeinschaft aufgenommen worden sei. Herr

Oettinger habe vor diesem Hintergrund angeregt, z. B. den Staaten, die in den Balkankrieg verwickelt gewesen seien, bei der Aufnahme in die europäische Staatengemeinschaft zu helfen. Diese Anregung empfinde sie als sehr interessant.

Ein Abgeordneter der CDU dankte dem Ministerium der Justiz und für Europa für die vorgelegte Mitteilung. Er fuhr fort, die angestoßene Diskussion sei sehr wichtig. Europa tue gut daran, den vielen europafeindlichen Kräften nicht weiter Vorschub zu leisten und selbstkritisch in eine Strategiedebatte – auch öffentlich – einzutreten. Er halte es für gut, die vertiefende Beratung und die öffentliche Diskussion dem Europaausschuss zu überlassen.

Die Kommission stelle in ihrem Weißbuch fünf mögliche Zukunftsszenarien dar. Das Ministerium der Justiz und für Europa halte die Szenarien 3 und 4 – „Wer mehr will, tut mehr“ und „Weniger, aber effizienter“ – für die interessanteren. Seine Fraktion teile diese Sichtweise. Szenario 1 – „Weiter so wie bisher“ – verschärfte die Probleme noch. Szenario 2 – „Schwerpunkt Binnenmarkt“ – würde zu kurz greifen. So gebe es z. B. auch außen- und sicherheitspolitische Themen. Szenario 5 wiederum – „Viel mehr gemeinsames Handeln“ – entspreche derzeit nicht der Realität.

Ein Abgeordneter der SPD legte dar, der Finanzausschuss sei daran interessiert, dass Großbritannien das zahle, was noch ausstehe, und dass Europa beim Wegfall der britischen Zahlungen auch zu Einsparungen beispielsweise im Agrarbereich in der Lage sei, um die finanziellen Lücken zu schließen.

Die von der EU-Kommission präsentierten fünf möglichen Zukunftsszenarien befruchteten die Diskussion über die künftige Entwicklung der EU. Selbstverständlich seien die Szenarien 3 und 4 das Realistische. Doch werde sich auch bei Szenario 5 manches gemeinsam weiterentwickeln lassen. Dies gelte insbesondere für die deutsch-französische Achse.

Der Abgeordnete verwies auf den neu gewählten französischen Staatspräsidenten und fügte hinzu, selbstverständlich seien ein gemeinsamer EU-Haushalt und eine Person, die dafür stehe, in der gegenwärtigen Situation eine Option. Dem sollte man sich öffnen, anstatt dies von vornherein abzulehnen.

Ein Abgeordneter der AfD hob hervor, die Bundeskanzlerin habe einen europäischen Finanzminister deutlich befürwortet. Seine Fraktion frage sich allerdings z. B., wie ein europäischer Finanzminister, dessen Durchgriff auf nationale Haushalte und/oder die Einführung einer Europasteuer zu den Szenarien 1 bis 4 passen solle.

Daraufhin empfahl der Ausschuss für Finanzen dem federführenden Ausschuss für Europa und Internationales einstimmig, dem Plenum zu empfehlen, von der Mitteilung Drucksache 16/1967 Kenntnis zu nehmen.

30. 05. 2017

Saebel

Empfehlung und Bericht**des Ausschusses für Kultur, Jugend und Sport
an den Ausschuss für Europa und Internationales****zu der Mitteilung des Ministeriums der Justiz und für Europa
vom 24. April 2017
– Drucksache 16/1967****Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten;
hier: Weißbuch zur Zukunft Europas****E m p f e h l u n g**

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung des Ministeriums der Justiz und für Europa vom 24. April 2017
– Drucksache 16/1967 – Kenntnis zu nehmen.

18. 05. 2017

Der Berichterstatter:

Daniel Born

Die Vorsitzende:

Brigitte Lösch

B e r i c h t

Der Ausschuss für Kultur, Jugend und Sport beriet den Antrag Drucksache 16/1967
in seiner 9. Sitzung am 18. Mai 2017.

Die Ministerin für Kultur, Jugend und Sport teilte mit, bei der derzeit stattfindenden Europaministerkonferenz stünden die Gespräche zur Zukunft der Europäischen Union im Mittelpunkt. Mit welcher Beschlusslage das Thema weiter bearbeitet werden solle, sei daher noch nicht bekannt, insgesamt gehe es aber darum, fünf Zukunftsszenarien zu diskutieren. Nachdem der Bildungsbereich nicht explizit genannt sei, bedürfe es seitens des Kultusministeriums im Augenblick keiner aktiven Beteiligung an diesem Prozess.

Eine Abgeordnete der Grünen informierte über die Absicht des Europaausschusses, sich mit dem Weißbuch über die fünf Szenarien hinaus intensiv zu beschäftigen. Sie fuhr fort, angesichts der Bedeutung des Themas könnte unter Beteiligung von Experten aus Brüssel oder den Mitgliedsstaaten, Wissenschaftlern, Verfassungsrechtlern sowie der Zivilgesellschaft dazu ein Forum eingerichtet werden oder ein öffentliches Hearing stattfinden.

Ein Abgeordneter der FDP/DVP legte dar, seine Fraktion halte momentan das Szenario 4, „Weniger, aber effizienter“, für am erfolgversprechendsten, weil die Akzeptanz der Bürger hierfür hoch sei. Szenario 3, „Wer mehr will, tut mehr“, würde hingegen zu weiteren Auseinandersetzungen über die unterschiedlichen Geschwindigkeiten und Beurteilungen in Europa führen.

Wichtig sei, dass die Bildung in der Souveränität der Länder bleibe. Ein nochmaliger Hinweis auf das Subsidiaritätsprinzip schade deshalb nicht.

Ein Abgeordneter der AfD erachtete eine Debatte des Themas als nicht zielführend, wenn nur darüber unterrichtet werde. Er teilte mit, seine Fraktion hänge am ehesten Szenario 2, „Schwerpunkt Binnenmarkt“, an unter der Maßgabe, dass Finanzwirtschaft nicht die Beseitigung der Sparkassen und Volksbanken bedeute.

Ein Abgeordneter der SPD betonte, die Bildung sei in der Zuständigkeit der Länder gut aufgehoben. Gleichwohl spiele sie aber in diesem Reflexionsprozess Europas z. B. bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit oder den Auswirkungen der Digitalisierung auf den Arbeitsmarkt eine Rolle. Es sei daher richtig, wenn sich der Bildungsausschuss mit diesen Szenarien beschäftige.

Eine Abgeordnete der CDU äußerte, ihre Fraktion könne sich Szenario 3 und Szenario 4 vorstellen. Es gelte, dieses Thema gemeinsam mit der Bevölkerung anzugehen und die positiven Aspekte Europas hervorzuheben. Derzeit bestünden gute Chancen, Europa neu aufzustellen und in der Öffentlichkeit wieder mit einem positiven Image zu versehen – heraus aus der Krümmung der Gurken und hinein in die Wertegesellschaft.

Die Abgeordnete der Grünen fügte hinzu, es bedürfe insgesamt mehr Europa. Ausschließlich Szenario 2 biete keine europäische Identität. Szenario 3 würde zu einem Europa verschiedener Geschwindigkeiten führen, allerdings müsse die Solidarität gewahrt bleiben. Auch Szenario 4 sei wichtig, wobei fraglich sei, wie viel Effizienz verbleibe, wenn die Subsidiarität überprüft werden müsse.

Ohne förmliche Abstimmung verabschiedete der Ausschuss die Empfehlung an den federführenden Ausschuss für Europa und Internationales, dem Plenum zu empfehlen, von der Mitteilung Drucksache 16/1967 Kenntnis zu nehmen.

31. 05. 2017

Born

Empfehlung und Bericht**des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kunst
an den Ausschuss für Europa und Internationales****zu der Mitteilung des Ministeriums der Justiz und für Europa
vom 24. April 2017
– Drucksache 16/1967****Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten;
hier: Weißbuch zur Zukunft Europas**

E m p f e h l u n g

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung des Ministeriums der Justiz und für Europa vom 24. April 2017
– Drucksache 16/1967 – Kenntnis zu nehmen.

17. 05. 2017

Der Berichterstatter:

Manfred Kern

Der Vorsitzende:

Andreas Deuschle

B e r i c h t

Der Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst beriet die Mitteilung des Ministeriums der Justiz und für Europa vom 24. April 2017, Drucksache 16/1967, in seiner 9. Sitzung am 17. Mai 2017.

Ein Abgeordneter der Fraktion GRÜNE trug vor, von den fünf möglichen Zukunftsszenarien für die Europäische Union im Jahr 2025, die das Weißbuch der Europäischen Kommission entwerfe, erschienen ihm die Szenarien 3 und 4 besonders aussichtsreich. Szenario 3 – „Wer mehr will, tut mehr“ – basiere auf dem Gedanken eines Europas der unterschiedlichen Geschwindigkeiten; das Szenario Nummer 4 – „Weniger, aber effizienter“ – ziele verstärkt auf gemeinsame Anstrengungen, etwa in der Asylpolitik.

Den Vorschlag des Europaausschusses, interfraktionelle Veranstaltungen zu diesen fünf Szenarien durchzuführen, begrüße er namens seiner Fraktion ausdrücklich.

Ein Abgeordneter der Fraktion der SPD bat bei der Frage, welche der fünf Szenarien geeignet erschienen, um eine Einschätzung der Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst.

Die Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst schickte voraus, das Ergebnis der jüngsten Präsidentschaftswahlen in Frankreich stimme sie zuversichtlich, dass die Europäische Union ihren erfolgreichen Weg fortsetzen könne. Veränderungsprozesse seien selbstverständlich essenziell.

Wichtig sei, dass sich die Europäische Union auch zukünftig insbesondere als Innovationsunion verstehe; Forschung und Entwicklung müssten ebenso wie bestmögliche Bildungschancen in ihrem Stellenwert noch gestärkt werden. Um

hier voranzukommen, sei in den letzten Jahren tatsächlich viel Geld geflossen, mit positiven Auswirkungen auf viele der Mitgliedsstaaten, insbesondere auch auf Deutschland. Daher müsse auch bei dem Entwurf weiterer Entwicklungsszenarien Sorge dafür getragen werden, dass sich die positive Entwicklung fortsetze und dass insbesondere diejenigen Mitgliedsstaaten weitere Unterstützung erhielten, die in Bezug auf Forschung und Entwicklung bislang nicht umfassend zum Zuge gekommen seien. Zu diesen Anstrengungen auf dem Weg zur Wissensgesellschaft müssten verstärkt auch strukturpolitische Elemente treten. – Ein Szenario, das sich diesen Prinzipien verpflichtet fühle, würde sie klar favorisieren, es stünde unter dem Motto: „Wer mehr will, der tut auch mehr.“

Der Ausschuss beschloss ohne förmliche Abstimmung, dem federführenden Europaausschuss Kenntnisnahme zu empfehlen.

31. 05. 2017

Manfred Kern

Empfehlung und Bericht**des Ausschusses für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft
an den Ausschuss für Europa und Internationales****zu der Mitteilung des Ministeriums der Justiz und für Europa
vom 24. April 2017
– Drucksache 16/1967****Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten;
hier: Weißbuch zur Zukunft Europas****E m p f e h l u n g**

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung des Ministeriums der Justiz und für Europa vom 24. April 2017
– Drucksache 16/1967 – Kenntnis zu nehmen.

01. 06. 2017

Der Berichterstatter:

Andreas Glück

Die Vorsitzende:

Gabi Rolland

B e r i c h t

Der Ausschuss für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft beriet die Mitteilung Drucksache 16/1967 in seiner 9. Sitzung am 1. Juni 2017. Mit der Mitteilung hatte sich der federführende Ausschuss für Europa und Internationales bereits in seiner 9. Sitzung am 31. Mai 2017 befasst.

Der Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft führte aus, die Europäische Kommission habe ein Weißbuch vorgelegt, in dem ergebnisoffen fünf Szenarien vorgestellt würden, in welche Richtung sich das vereinte Europa in Zukunft entwickeln könnte. Die denkbaren positiven und negativen Folgen würden in den einzelnen Szenarien gegenübergestellt.

Das Ziel des Weißbuchs sei es, eine breite gesellschaftliche Debatte in der Europäischen Union auszulösen. Es gehe um die Fragen, wo Europa hinmöchte, welcher Weg der richtige sei, und es gehe um die Legitimation eines vereinten Europas und seiner Institutionen.

Der Minister fasste die in dem Weißbuch vorgestellten fünf möglichen Zukunftsszenarien zusammen und fuhr fort, das Justizministerium verfolge schwerpunktmäßig die Szenarien 3 („Wer mehr will, tut mehr“), in dem es um das in der Vergangenheit schon diskutierte Europa der zwei Geschwindigkeiten gehe, und 4 („Weniger, aber effizienter“). Seines Erachtens enthielten allerdings auch die anderen Szenarien interessante Aspekte. Vonseiten der Landesregierung sei bislang noch kein einheitlicher Beschluss gefasst worden, welches Szenario unterstützt werde. Der Reflexionsprozess stehe noch am Anfang, daher sei es auch noch zu früh, sich festzulegen.

Die Kommission habe angekündigt, in den kommenden Monaten Diskussionspapiere zu den Themen Globalisierung, Wirtschaftsunion, Sozialunion, Vertei-

digungsunion und Finanzunion vorzulegen. Um bewerten zu können, in welcher Form sich das Land äußern werde, müssten diese Diskussionspapiere in die Debatte einbezogen und sämtliche Punkte im Zusammenhang gesehen werden.

Auffallend sei, dass die Umweltpolitik in sämtlichen Szenarien so gut wie keine Rolle spiele; am ehesten finde sich die Umweltpolitik noch im Szenario 1 („Weiter so wie bisher“) mit der Frage nach dem Energiebinnenmarkt. Es müsse überlegt werden, inwieweit es sinnvoll sei, die Thematik in die Debatte einzubringen. Seiner Meinung nach sei dies notwendig und wünschenswert.

Eine Abgeordnete der Grünen legte dar, grundsätzlich sei eine offene Debatte mit verschiedenen Szenarien über die Zukunft der Europäischen Union zu begrüßen. Die Grünen störe an den Szenarien allerdings, dass die Bereiche Nachhaltigkeit, Klimaschutz und globale Gerechtigkeit praktisch nicht thematisiert würden. Die einzige Ausnahme bilde das Thema Energieversorgung, das allerdings auch nur kurz angesprochen werde.

Ihres Erachtens sei es wichtig, dass die Einhaltung der UN-Nachhaltigkeitsziele und das Pariser Klimaschutzabkommen in den Betrachtungen zur Zukunft der Europäischen Union einen größeren Stellenwert erhielten. Zwei große Nichtregierungsorganisationen hätten ein sechstes Szenario für ein Europa der Nachhaltigkeit und des Klimaschutzes entwickelt. Sie begrüße es, wenn diese Aspekte in die Debatte um die Zukunft Europas einfließen könnten.

Ein Abgeordneter der AfD bemerkte, die AfD sehe in dem Weißbuch anstelle einer Aufforderung zu einer offenen Diskussion eher eine Vernebelungstaktik. Schon der Titel „Weißbuch zur Zukunft Europas“ zeige, dass von Europa gesprochen werde und nicht von der Europäischen Union, um die es eigentlich gehe. Das Kapitel 4 mit der Überschrift „Der Weg vor uns“ habe eine klare Zielvorgabe unabhängig von den fünf möglichen Szenarien. Seines Erachtens sei das weitere Vorgehen schon beschlossen; im Weißbuch seien Vorgaben gemacht worden, die Szenarien dienten nur als Etikett, seien aber nicht ernst zu nehmen.

Das Thema „Ausbau der sozialen Dimension Europas“, zu dem es in den kommenden Monaten ein Diskussionspapier geben werde, bedeute für ihn, dass die EU-Sozialversicherung kommen werde mit der Folge, dass Milliarden Euro aus der deutschen Volkswirtschaft abfließen würden. Eine Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion bedeute, dass weiterhin eine Eurorettung um jeden Preis betrieben werde. Auch die Steuerhoheit der EU werde in Teilbereichen kommen. „Globalisierung als Chance“ interpretiere er dahingehend, dass vermutlich weitere Freihandelsabkommen abgeschlossen würden, und mit dem Thema „Zukunft der Verteidigung Europas“ werde auf eine Militärunion zugesteuert.

Die Vorsitzende des Ausschusses merkte an, nach ihrer Kenntnis sei vom Ausschuss für Europa und Internationales ein öffentlicher Diskurs geplant, in dem sicherlich sämtliche Themenbereiche angesprochen würden und die grundsätzliche Diskussion zum Thema erfolgen könne.

Ein Abgeordneter der SPD äußerte, wenn Szenarien beschrieben würden, wohin sich die EU weiterentwickeln sollte, müsse es auch möglich sein, eine Debatte über diese Szenarien zu führen. Die Szenarien müssten dann auch entsprechend dargelegt werden. Dies dürfe nicht so verstanden werden, dass jedes Szenario bereits eine Ankündigung darstelle, wie es ab der nächsten Woche umgesetzt werden sollte. Dabei handle es sich um ein Missverständnis. Die Diskussion über die Szenarien und die Zukunft der Europäischen Union sei dringend notwendig, nicht nur im Landtag.

Der SPD sei ebenfalls aufgefallen, dass sich die Bereiche Umwelt, Klima und Energiewirtschaft nicht wirklich in den Szenarien widerspiegeln. Das werde besonders im Anhang 1 zum Weißbuch deutlich, in dem der zeitliche Prozess in den nächsten Monaten aufgezeigt werde. Er frage den Minister, ob er Chancen für den europäischen Umweltschutz sehe, insbesondere im Hinblick auf das viel diskutierte Szenario 3: „Wer mehr will, tut mehr“; denn in kleineren Gruppen könne eventuell mehr erreicht werden. Der Umweltschutz sei ein zentrales Thema für die Europäische Union, und es sollte sich diesem Thema daher auch entsprechend ge-

widmet werden. Er würde es begrüßen, wenn es eine Möglichkeit gebe, das Thema in den Prozess einzubringen.

Dagegen sehe die SPD positiv, dass zukünftig soziale Themen bewusst aufgenommen würden. Soziale Themen seien auch Nachhaltigkeitsthemen; es werde die Frage gestellt, wie ein sozial gerechtes Europa gestaltet werden könne.

Eine Abgeordnete der FDP/DVP brachte vor, es sei sinnvoll, sich dem Thema pragmatisch anzunähern und sich die Frage zu stellen, was von dem, das die EU regle, im Sinne der Subsidiarität stattdessen von den einzelnen Ländern geregelt werden sollte und welche Themen besser auf EU-Ebene geregelt würden. Sie interessiere, ob das Ministerium bzw. die Regierung diesbezüglich Vorstellungen konkreter Natur hätten.

Speziell im Bereich Umwelt würde sich mehr Subsidiarität anbieten, sie denke beispielsweise an den Schutz einzelner Vogelarten durch die EU. Dies könne auch vor Ort geregelt werden. In anderen Bereichen sei es dagegen sinnvoll, EU-weite Regelungen zu haben.

Der Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft erklärte, wie eingangs schon erwähnt, befinde sich der Reflexionsprozess noch am Anfang. Seines Erachtens sei es sinnvoller und aussichtsreicher, wenn sich nicht Baden-Württemberg als einzelnes Bundesland in den Prozess auf EU-Ebene einbringe, sondern das Thema beispielsweise zuerst auf der Umweltministerkonferenz angesprochen und ein gemeinsamer Beschluss gefasst werde, sodass die Bundesländer das Anliegen gemeinsam vorbringen könnten, eventuell mit der Unterstützung der Bundesregierung.

Bei jeder aus Brüssel stammenden Initiative werde geprüft, ob das Subsidiaritätsprinzip gewahrt werde oder nicht. Ihm fielen im Umweltbereich nicht viele Regelungen auf EU-Ebene ein, die er gern rückgängig machen würde. Er nenne als bekanntes Beispiel das Verbot der Glühbirne durch die EU. Der Erfolg sei beachtlich, gerade im Hinblick auf den Umstieg auf LEDs und auch in Bezug auf Einspareffekte innerhalb der EU. Bei dem Verbot sei es darum gegangen, EU-weit Energieeffizienzstandards zu setzen. Die Herangehensweise habe er für klug und richtig gehalten. Auf ähnliche Weise habe sich auch die Industrie geäußert. In der Regel fordere die Industrie einheitliche Standards. Die Erstellung eines EU-weiten Standards im Gegensatz zu 27 unterschiedlichen Standards spare Kosten ein und sei daher sinnvoll.

Ob eine Regelung EU-weit eingeführt werden sollte oder im Sinne der Subsidiarität von den einzelnen Ländern eingeführt werde, müsse in jedem Fall einzeln betrachtet und entschieden werden.

Einvernehmlich beschloss der Ausschuss, dem Plenum zu empfehlen, von der Mitteilung Drucksache 16/1967 Kenntnis zu nehmen.

21. 06. 2017

Glück

Empfehlung und Bericht**des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau
an den Ausschuss für Europa und Internationales****zu der Mitteilung des Ministeriums der Justiz und für Europa
vom 24. April 2017
– Drucksache 16/1967****Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten;
hier: Weißbuch zur Zukunft Europas****E m p f e h l u n g**

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung des Ministeriums der Justiz und für Europa vom 24. April 2017
– Drucksache 16/1967 – Kenntnis zu nehmen.

17. 05. 2017

Der Vorsitzende und Berichterstatter:

Dr. Erik Schweickert

B e r i c h t

Der Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau beriet die Mitteilung des Ministeriums der Justiz und für Europa vom 24. April 2017, Drucksache 16/1967, in seiner 9. Sitzung am 17. Mai 2017.

Die Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau legte dar, in dem Diskussionsprozess über das Weißbuch zur Zukunft Europas spreche sich das Wirtschaftsministerium in Abstimmung mit dem federführend zuständigen Ministerium der Justiz und für Europa sowie den übrigen Ressorts der Landesregierung für die in dem Weißbuch dargestellten Szenarien 3 und 4 als mögliche Handlungsalternativen aus. Auch die Bundesregierung setze in diesem Bereich ihre Schwerpunkte.

Aus wirtschaftspolitischer Sicht halte sie im Bereich der Wirtschafts- und Währungsunion eine Konzentration auf die Konsolidierung der Eurozone und auf das wirtschaftliche Zusammenwachsen der Europäischen Union für wichtig. Gleichzeitig müsse aber deutlich werden, dass beschäftigungs- und sozialpolitische Aufgaben gemäß dem Subsidiaritätsprinzip im Verantwortungsbereich der Mitgliedsstaaten blieben. Dies entspreche auch der Erwartung der Bevölkerung.

Darüber hinaus müsse gewährleistet sein, dass der Abschluss internationaler Handelsabkommen Aufgabe der Gemeinschaft sei. Das hierzu ergangene Urteil des Europäischen Gerichtshofs, das klare Vorgaben zur Kompetenzverteilung mache, führe zu entsprechender Rechtssicherheit.

Von besonderer Bedeutung für Baden-Württemberg seien aus wirtschaftspolitischer Sicht auch Forschung, Entwicklung und Innovation. Der Fokus sei dabei auf Exzellenz in Forschung und Entwicklung sowie die Erzielung erkennbarer Fortschritte bei der Schaffung eines europäischen Forschungsraums gerichtet. Dabei

sollten etwa auch Projekte in den Bereichen Digitalisierung, Energie und Dekarbonisierung gefördert und möglichst rasch umgesetzt werden.

Eine Vertreterin des Ministeriums der Justiz und für Europa betonte, der Diskussionsprozess zu dem Weißbuch zur Zukunft Europas werde aufgrund seiner hohen Bedeutung vom Europaministerium intensiv begleitet, auch auf anderen Ebenen wie etwa bei der Europaministerkonferenz, die sich aktuell in ihrer Tagung ebenfalls mit diesem Thema befasse. Das Europaministerium werde dem Kabinett und dann auch dem Landtag über die aktuellen Entwicklungen in diesem Bereich berichten.

Eine Abgeordnete der Grünen äußerte, die in dem Weißbuch enthaltenen Szenarien und Vorschläge seien eine gute Grundlage, um über die weitere Entwicklung in Europa zu diskutieren. Notwendig sei ein transparenter und offener Beteiligungsprozess, damit der weitere Entwicklungsprozess auch in der Breite der Gesellschaft angenommen und mitgetragen werde. Im Europaausschuss sei bereits angeregt worden, seitens des Landtags Diskussionsforen oder ähnliche Veranstaltungen durchzuführen, in denen die Vorschläge und Szenarien sowie die Beteiligungsmöglichkeiten Baden-Württembergs erörtert würden. Diese Möglichkeit sollte unter den Ausschussvorsitzenden einmal besprochen werden.

Ein Abgeordneter der CDU führte aus, seine Fraktion begrüße, dass mit dem Weißbuch nun der Diskussionsprozess zur zukünftigen Entwicklung Europas angestoßen worden sei. Wichtig sei, dass der Prozess ergebnisoffen ausgestaltet sei.

Auch die CDU-Fraktion präferiere die Szenarien 3 und 4, wobei es bei dem Szenario 4 sicher unterschiedliche Meinungen darüber geben könne, welches die prioritären Handlungsfelder sein sollten, und in bestimmten Bereichen wie etwa der Regionalentwicklung nicht zwingend alles auf EU-Ebene entschieden werden müsse.

Eine Abgeordnete der AfD brachte vor, ihre Fraktion spreche sich für ein Europa der Vaterländer und ein Europa der wirtschaftlichen Zusammenarbeit aus, wolle aber nicht, dass immer mehr Gesetze von der EU in die Nationen gespült würden.

Die in dem Weißbuch angesprochenen Probleme wie Langzeitarbeitslosigkeit, Überalterung und Dekarbonisierung der Wirtschaft seien wichtige Handlungsfelder. Für schwierig halte sie allerdings den angeführten Vergleich, bei dem der Umgang mit Migration mit der Zeit vor dem Mauerfall, in der Menschen eingesperrt gewesen seien, in Verbindung gebracht werde.

Die derzeitige Vertrauenskrise in Europa und die kritische Haltung der Bürger gegenüber der EU werde nicht selbsthinterfragend begleitet.

Eine Abgeordnete der FDP/DVP trug vor, ihre Fraktion begrüße, dass sich die Landesregierung dafür ausspreche, die in dem Weißbuch enthaltenen Szenarien 3 und 4 weiterzuverfolgen.

Die Europäische Gemeinschaft sei eine wertvolle Errungenschaft. Die EU werde auch weiterhin ein unabdingbares Modell für Europa sein. Damit das Zusammenspiel der verschiedenen Nationen gut funktioniere, gelte es, das richtige Maß zu finden zwischen dem, was zentral auf europäischer Ebene geregelt werden müsse, und dem, was dezentral von den Mitgliedsstaaten geregelt werden sollte. Der mit dem Weißbuch eingeleitete Prozess biete die Chance, möglichst viele in die Gestaltung der zukünftigen Entwicklung der EU einzubeziehen, um einem Europaverdruss entgegenzuwirken. Denn Europaverdruss werde auch dadurch erzeugt, dass Probleme im eigenen Umfeld, für die man selbst nicht die Verantwortung übernehmen wolle, der europäischen Ebene angelastet würden.

Eine Abgeordnete der AfD merkte an, wenn durch die EU allgemeine Vorgaben gemacht würden, die für einzelne Nationen nicht passten, sei es nicht verwunderlich, wenn die betroffenen Bürger der EU kritisch gegenüberstünden. Als Beispiel nenne sie die EU-Reiserichtlinie, die in Deutschland das Aus für viele kleine Reisebüros bedeuten könne, die die Vorgaben nicht erfüllen könnten.

Auf EU-Ebene sollten nur solche Vorgaben erlassen werden, die allen Mitgliedsstaaten gerecht würden und nicht bei einzelnen Mitgliedsstaaten zu Nachteilen führten.

Abschließend richtete der Ausschussvorsitzende die Bitte an das federführend zuständige Ministerium der Justiz und für Europa, zu der im Anhang 2 aufgeführten Matrix „Die fünf Szenarien: Überblick nach Politikbereichen“ noch einige Beispiele aus Baden-Württemberg anzuführen, die einer transparenten öffentlichen Beratung dienlich seien.

Einvernehmlich verabschiedete der Ausschuss die Empfehlung an den federführenden Ausschuss für Europa und Internationales, dem Plenum die Kenntnisnahme von der Mitteilung Drucksache 16/1967 zu empfehlen.

31. 05. 2017

Dr. Schweickert

Empfehlung und Bericht**des Ausschusses für Soziales und Integration
an den Ausschuss für Europa und Internationales**

**zu der Mitteilung des Ministeriums der Justiz und für Europa vom
24. April 2017**

– Drucksache 16/1967

**Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten;
hier: Weißbuch zur Zukunft Europas****Empfehlung**

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung des Ministeriums der Justiz und für Europa vom 24. April 2017
– Drucksache 16/1967 – Kenntnis zu nehmen.

18. 05. 2017

Die Berichterstatlerin:

Der Vorsitzende:

Dorothea Wehinger

Rainer Hinderer

Bericht

Der Ausschuss für Soziales und Integration beriet die Mitteilung des Ministeriums der Justiz und für Europa, Drucksache 16/1967, in seiner 11. Sitzung am 18. Mai 2017 vorberatend für den federführenden Ausschuss für Europa und Internationales.

Die Staatssekretärin im Ministerium für Soziales und Integration führte aus, Kommissionspräsident Juncker habe am 1. März 2017 das „Weißbuch zur Zukunft Europas“ vorgelegt. Ziel sei, eine breite Debatte über die zukünftige Entwicklung der EU anzustoßen.

Das sei angesichts der gerade stattgefundenen Wahlen in Frankreich von ganz besonderer Aktualität. Der neue französische Präsident, Emmanuel Macron, formuliere ganz deutlich, dass er ein lebendiges Europa wolle, aber er wolle eben auch ein anderes Europa. In diesem Zusammenhang sei es spannend, die Diskussion über das „Weißbuch zur Zukunft Europas“ weiterzuverfolgen.

Im Weißbuch seien insgesamt fünf Szenarien vorgestellt.

Szenario 1 – „Weiter so wie bisher“ – bedeute die Umsetzung und Aktualisierung der gegenwärtigen Reformen, wobei der Fokus auf Beschäftigung, Wachstum und Investition durch Stärkung des Binnenmarkts und der digitalen Verkehrs- und Energieinfrastruktur liege.

Beim Szenario 2 – „Schwerpunkt Binnenmarkt“ – liege das Hauptaugenmerk auf der Vertiefung des Binnenmarkts. Andere Themen rückten eher etwas in den Hintergrund.

Mit dem Szenario 3 – „Wer mehr will, tut mehr“ – sei letztlich das Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten gemeint.

Szenario 4 – „Weniger, aber effizienter“ – bedeute die Konzentration auf wenige Bereiche wie beispielsweise Handel, Sicherheit oder Migration, in denen die Handlungsfähigkeit gestärkt werde. Das bedeute im Gegenzug aber auch, dass in anderen Bereichen das Engagement reduziert werde.

Szenario 5 – „Viel mehr gemeinsames Handeln“ – sehe eine engere Zusammenarbeit auf allen Politikfeldern und eine schnellere Entscheidungsfindung vor.

Der baden-württembergische Minister der Justiz und für Europa sehe die Zukunft Europas in der Kombination der Szenarien 3 und 4, also in einem Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten, das so gestaltet sein müsse, dass das gemeinsame Europa nicht gespalten werde. Die von Thema zu Thema neu gebildete Koalition der Willigen müsse allen Mitgliedsstaaten offenstehen. Das bedeute letztlich aber auch, dass nicht immer alle mitmachen müssten.

Im Ergebnis halte der Minister der Justiz und für Europa diese beiden Varianten nicht für Gegensätze. Vielmehr seien sie durchaus kombinierbar. Nach seinem Verständnis würde Europa sich auf das Wesentliche konzentrieren und dennoch flexibel bleiben.

Der Ausschuss für Soziales und Integration empfahl dem federführenden Ausschuss für Europa und Internationales ohne förmliche Abstimmung, von der Mitteilung Drucksache 16/1967 Kenntnis zu nehmen.

31. 05. 2017

Wehinger

Empfehlung und Bericht**des Ausschusses für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz
an den Ausschuss für Europa und Internationales****zu der Mitteilung des Ministeriums der Justiz und für Europa
vom 24. April 2017
– Drucksache 16/1967****Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten;
hier: Weißbuch zur Zukunft Europas****E m p f e h l u n g**

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung des Ministeriums der Justiz und für Europa vom 24. April 2017
– Drucksache 16/1967 – Kenntnis zu nehmen.

31. 05. 2017

Der Berichterstatter:

Dr. Friedrich Bullinger

Der Vorsitzende:

Martin Hahn

B e r i c h t

Der Ausschuss für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz beriet die Mitteilung Drucksache 16/1967 in seiner 10. Sitzung am 31. Mai 2017 vorberatend für den federführenden Ausschuss für Europa und Internationales.

Der Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz erklärte, der Präsident der Europäischen Kommission habe am 1. März 2017 das „Weißbuch zur Zukunft Europas“ vorgelegt. Dieses Weißbuch beschreibe fünf beispielhafte Szenarien für die Zukunft der Europäischen Union. Für den Agrarsektor seien die Weiterentwicklungen auf europäischer Ebene mit Blick auf das Budget besonders spannend. Große Veränderungen werde beispielsweise der Brexit mit sich bringen. Um die aktuelle Größenordnung des Agrarbudgets nominal beizubehalten, müssten zum einen Einsparungen vorgenommen werden. Zum anderen müssten die Nationalstaaten eigene Egoismen zurückstellen und zu höheren Zahlungen bereit sein.

Er brachte seine Hoffnung zum Ausdruck, der Brexit könnte für die gesamte Europäische Union heilsam sein, und erläuterte, es sollte Abstand davon genommen werden, Europa lediglich nach monetären Gesichtspunkten zu bewerten und dabei die Höhe der Nettozahlungen in den Mittelpunkt zu stellen. Vielmehr sollte der immaterielle Wert der Europäischen Union als Institution und Gemeinschaft gleichermaßen bewertet werden. Zudem hoffe er, dass sich das Selbstbewusstsein der Europäer für Europa verbessere und dies dem gemeinsamen europäischen Projekt stärkeren Vorschub leiste.

Eine Absicht des Europäischen Parlaments, bei der Gemeinsamen Agrarpolitik Abstriche machen zu wollen, könne er derzeit nicht erkennen. Vielmehr werde an der GAP als Bindeglied in der Europäischen Union durchaus festgehalten.

Er halte es mit Blick auf die Problematik des EU-Haushalts für weniger wahrscheinlich, dass der EU-Agrarkommissar bis 2019 noch Maßnahmen und Weichenstellungen durchsetzen könne, die über die aktuelle siebenjährige Förderperiode hinaus Geltung hätten.

Wenn die Europäische Union an der Gemeinsamen Agrarpolitik festhalte, werde es faktisch zu Einsparungen kommen. In diesem Fall werde sich die Landesregierung für Deckelungen und eine Degression der bestehenden Direktzahlungen einsetzen. Die Direktzahlungen für die kleineren Betriebe sollten angehoben und die Zahlungen für die Großbetriebe gedeckelt bzw. gekappt werden; denn die Großbetriebe profitierten auch vom Größeneffekt. Die geschilderten Maßnahmen müssten zwingend ins Auge gefasst werden.

In diesem Zusammenhang halte er die Aussage des Deutschen Bauernverbands für nicht zielführend, dass an den Direktzahlungen aufgrund deren Einkommenswirksamkeit unverrückbar festgehalten werden müsse. Seines Erachtens (Redner) seien die Zeiten, in denen es um die reine Einkommenswirksamkeit gegangen sei, vorbei. Im Haus herrsche große Einigkeit, dass im Falle von Umschichtungen die Mittel landwirtschaftsnah, beispielsweise zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft, verwendet werden sollten. Für die Entwicklung in den ländlichen Räumen hingegen gebe es in Baden-Württemberg den Kommunalen Investitionsfonds; für diesen Bereich würden die betreffenden EU-Mittel nicht benötigt.

Aus seiner Sicht sei es für den Ausschuss überlegenswert, einen Vertreter der Europäischen Kommission oder des Europäischen Parlaments bzw. einen Haushaltsexperten für eine intensive fachliche Diskussion über die Weichenstellungen der Kommission einzuladen.

Ein Abgeordneter der SPD teilte mit, der baden-württembergische Europaminister habe, auch für die Landesregierung, einen Schwerpunkt auf das Szenario 3 – „Wer mehr will, tut mehr“ – und das Szenario 4 – „Weniger, aber effizienter“ – gelegt. Dieser Schwerpunktsetzung lasse sich viel abgewinnen. Szenario 4 sehe eine Konzentration der Ressourcen auf einen reduzierten Zuständigkeitskatalog vor. Ihn interessiere, welche Politikfelder aus der Sicht der Landesregierung zwingend zu diesem Zuständigkeitskatalog gehörten.

Eine Abgeordnete der Grünen dankte dem Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz für dessen Plädoyer für Europa und hielt eine klare Positionierung für bedeutsam. Weiter zeigte sie sich erfreut, dass Mittel nach Umschichtungen aus der Sicht des Ministers auch weiterhin für die Landwirtschaft insgesamt und insbesondere für die kleinen Betriebe genutzt werden sollten.

Sie äußerte, das vorgelegte Weißbuch sei insofern wichtig, als darin Entwicklungsperspektiven für die Europäische Union aufgezeigt würden. Die gemeinsamen Ziele könnten auf diese Weise weiterentwickelt werden. An der Umsetzung müsse gearbeitet werden.

Ein Abgeordneter der FDP/DVP verwies darauf, dass bestimmte Entwicklungen in gewisser Weise auch von den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, Russlands und der Türkei beeinflusst würden. Zudem stünden im Herbst 2017 Bundestagswahlen und im Jahr 2019 Europawahlen an. Dennoch sollte auch auf Länderebene über die Entwicklungen hinsichtlich der Europäischen Union beraten werden.

In der heutigen Plenardebatte hätten vier Fraktionen deutlich gemacht, wie wichtig es angesichts der Bedeutung Europas sei, sich verstärkt für Europa einzusetzen. Wenn der Anteil der Bürger der Europäischen Union an der Weltbevölkerung lediglich ca. 5 % ausmache, sei Streit zwischen EU-Mitgliedsstaaten zusätzlich abträglich. Denn in diesem Fall gäben Dritte die Richtung vor.

Er schlage vor, nach der Bundestagswahl sollten ein Vertreter der Bundesregierung und ein Vertreter der EU in den Ausschuss eingeladen werden, um aktuelle Entwicklungen und Strategien zu besprechen. In diesem Zusammenhang erwähne er auch die Landwirtschaftsministerkonferenz. Aus seiner Sicht sollte ein nationaler Gleichklang hergestellt werden. Denn in vielen Bereichen bestehe nach wie vor

der alte Konflikt zwischen Nord und Süd. So hätten aufgrund der Beschaffenheit der Strukturen beispielsweise Schleswig-Holstein und Niedersachsen oftmals andere Ansichten als Bayern und Baden-Württemberg.

Ein Abgeordneter der AfD legte dar, der Beschlussvorschlag zur vorliegenden Mitteilung des Ministeriums der Justiz und für Europa laute Kenntnisnahme. Insofern seien die Stimme und die Ansichten dieses Ausschusses an sich gar nicht gefragt.

Er betone, Gegenstand der Beratungen sei nicht Europa, sondern die Europäische Union.

Das Szenario 2 – „Schwerpunkt Binnenmarkt“ – und das Szenario 4 – „Weniger, aber effizienter“ – könnten aus der Sicht der AfD durchaus Gegenstand einer näheren Befassung werden. Allerdings dürfe es nicht zu einer Zerschlagung der Struktur der hiesigen Volksbanken und Sparkassen kommen, da diese ein wichtiges Finanzierungsinstrument des Mittelstands seien. Auch der Landwirtschaft insgesamt komme eine große Bedeutung zu; sie sei erhaltenswert und sollte fortgeführt werden.

Ohne förmliche Abstimmung verabschiedete der Ausschuss für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz die Empfehlung an den federführenden Ausschuss für Europa und Internationales, dem Plenum zu empfehlen, von der Mitteilung Drucksache 16/1967 Kenntnis zu nehmen.

21. 06. 2017

Dr. Bullinger

Empfehlung und Bericht**des Ausschusses für Verkehr
an den Ausschuss für Europa und Internationales****zu der Mitteilung des Ministeriums der Justiz und für Europa
vom 24. April 2017
– Drucksache 16/1967****Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten;
hier: Weißbuch zur Zukunft Europas**

Empfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung des Ministeriums der Justiz und für Europa vom 24. April 2017
– Drucksache 16/1967 – Kenntnis zu nehmen.

31. 05. 2017

Der Berichterstatter:

Thomas Dörflinger

Der Vorsitzende:

Karl Rombach

Bericht

Der Ausschuss für Verkehr beriet die Mitteilung des Ministeriums der Justiz und für Europa vom 24. April 2017, Drucksache 16/1967, in seiner 8. Sitzung am 31. Mai 2017.

Einführend skizzierte der Minister für Verkehr die in dem von der EU-Kommission vorgelegten „Weißbuch zur Zukunft Europas“ enthaltenen fünf Zukunftsszenarien.

Er legte dar, das Ministerium der Justiz und für Europa sympathisiere tendenziell mit dem Szenario 3 – „Wer mehr will, tut mehr“ – und dem Szenario 4 – „Weniger, aber effizienter“.

Er persönlich spreche sich für das Szenario 3 – „Wer mehr will, tut mehr“ – aus, wobei er die Meinung vertrete, dass perspektivisch mehr getan werden sollte. Er halte viel von der europäischen Integration. Diese dürfe aber nicht bürokratisch vonstattengehen. Das Subsidiaritätsprinzip sollte mehr als bisher berücksichtigt werden.

Seines Erachtens könne über ein gemeinsames europäisches Mobilitätskonzept und eine gemeinsame europäische Verkehrsinfrastruktur ein wichtiger Beitrag zu einer dauerhaften wirtschaftlichen und menschlichen Verflechtung Europas geleistet werden.

Ein Abgeordneter der AfD hob hervor, die AfD lehne nicht Europa ab, sondern die Fehlentwicklungen, die es in der EU gebe. Vieles in der EU sei nicht nur reformbedürftig, sondern überflüssig.

Gerade das Verkehrsgewerbe, in dem er jahrzehntelang tätig gewesen sei, sei von einer fehlenden Harmonisierung auf europäischer Ebene betroffen. Nach wie vor

gebe es keine einheitlichen Sozialstandards, keine einheitliche Gebührenordnung und keine einheitliche Besteuerung in Europa. Beim „Haus Europa“ sei zuerst das Dach errichtet worden, bevor über das Fundament nachgedacht worden sei. Dies kritisiere die AfD.

Die Erarbeitung von Szenarien, um das, was auf europäischer Ebene falsch gelaufen sei, wieder in Ordnung zu bringen, sei ein Fortschritt. Bislang fehle jedoch das entscheidende Szenario „Mehr Demokratie“. Denn ohne mehr Demokratie in der EU werde es keinen Rückhalt in den nationalen Bevölkerungen geben.

Ein Abgeordneter der CDU führte aus, seine Fraktion begrüße, dass das „Weißbuch zur Zukunft Europas“ nicht von oben herab diktiere, wie die Zukunft der EU-Mitgliedsstaaten aussehen solle, sondern verschiedene Szenarien zur weiteren Entwicklung zur Diskussion stelle.

Die CDU-Fraktion befürworte ebenfalls die Weiterverfolgung der Szenarien 3 und 4. Er kritisiere allerdings, dass in dem Weißbuch der EU-Kommission bei der Beschreibung des Szenarios 3 der Ausdruck „Koalition der Willigen“ benutzt werde, welcher eine gewisse Wertung beinhalte.

Das Szenario 4 nehme in den Blick, dass es bestimmte Bereiche gebe, die nicht unmittelbar für das Funktionieren des Binnenmarkts relevant seien. Dies könnte etwa in der Beschäftigungs-, Sozial- oder Gesundheitspolitik der Fall sein. Er begrüße daher, dass sich das Ministerium der Justiz und für Europa noch nicht auf ein Szenario festgelegt sehe, sondern die Szenarien 3 und 4 weiterverfolgen wolle.

Ein Abgeordneter der Grünen äußerte, gerade für die Verkehrspolitikerinnen und Verkehrspolitiker habe Europa eine hohe Bedeutung. In Baden-Württemberg gebe es einige Bahnprojekte mit europäischer Bedeutung, die angegangen werden sollten, wie die Strecken Kehl–Appenweier, Rastatt–Haguenau und Breisach–Colmar.

Werben wolle er für die vom Europaausschuss aufgeworfene Idee, im Herbst dieses Jahres oder im Frühjahr nächsten Jahres seitens des Landtags ein Fachforum oder eine ähnliche Veranstaltung unter Beteiligung von Vertretern der EU, verschiedener Fachbereiche und der Zivilgesellschaft durchzuführen, in der die Chancen und Risiken für Baden-Württemberg und seine Bevölkerung im Rahmen der Weiterentwicklung der EU thematisiert würden.

Einvernehmlich verabschiedete der Ausschuss die Empfehlung an den federführenden Ausschuss für Europa und Internationales, dem Plenum die Kenntnisnahme von der Mitteilung Drucksache 16/1967 zu empfehlen.

20. 06. 2017

Dörflinger